

Peter Derschka | Reinold Rehberger

DAS HABEN WIR NICHT GEWOLLT!

Was aus den Idealen der 68er
geworden ist – eine Abrechnung
mit der Gegenwart

FBV

© des Titels »Das haben wir nicht gewollt« von Peter Derschka und Reinold Rehberger (ISBN 978-3-95972-197-4)
2019 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

EINLEITUNG

WARUM DIESES BUCH?

Kein anderes Bild veranschaulicht zugleich Beginn, Verlauf und Ende der Studentenrebellion eindrücklicher als eine Schwarz-Weiß-Aufnahme des B.Z.-Fotografen Wolfgang Schöne vom 2. Juni 1967: Benno Ohnesorg, ungesühntes Opfer der von dem Zivilpolizisten und Inoffiziellen Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit, Karl-Heinz Kurras, missbrauchten Staatsgewalt, sterbend in den Armen der mutigen und mitfühlenden Friederike Dollinger (heute: Hausmann). Bis heute wirkt die Symbolkraft dieser studentischen Pietà.

Eine paramilitärische Polizei machte Studenten, die gegen einen korrupten Gewaltherrscher und für Demokratie und Menschenrechte demonstrierten, als Feinde aus. Deutsche Beamte sahen ungerührt zu, als Schergen des persischen Schahs wie von Sinnen auf ihre jungen Landsleute eindroschen. Dann übernahmen sie selbst die Schlägerrolle, kesselten Demonstranten ein, verbreiteten Falschmeldungen über studentische Gräueltaten, töteten den friedlichen Studenten Ohnesorg.

Damit überzeugten sie auch die letzten Zweifler in den Reihen der kritischen Jugend, dass ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende der Faschismus keineswegs besiegt war und in überbordender Polizeigewalt ein Ventil fand. So trieben prügelnde, reaktionäre Staatsdiener die studentische Linke in einen nie da gewesenen Aktionismus, der die Abrechnung mit dem System und dessen komplette Neuordnung zum Ziel hatte und als 68er-Bewegung die deutsche Nachkriegsgeschichte mitprägte.

Die linke Radikalisierung erwies sich als Booster für den überfälligen sozialen Wandel der Nachkriegsgesellschaft. Wir waren mit dabei, beschleunigten und prägten, was sich nicht mehr allzu lange hätte verhindern lassen, insbesondere mehr Teilhabe. Die Spätfolgen sind heute noch zu spüren. Doch die Visionen, die, trotz aller handfesten Auseinandersetzungen mit der Ordnungsmacht und trotz gewalttätiger Ausschreitungen, den stets theorielastigen, aber zu wenig wirkungsmächtigen Revolutionären vorschwebten, haben sich nicht erfüllt – zum Teil glücklicherweise. Sie sind auf halbem Wege steckengeblieben oder sie haben sich in ihr Gegenteil pervertiert – zum Teil umgehend. Todbringende Konsequenzen gar meinten die Mitglieder der Rote Armee Fraktion ziehen zu müssen.

Mit der historischen Chiffre 68 lässt sich kein detaillierter Forderungskatalog verbinden. Dutschke und Genossen haben nicht wie einst Luther 95 Thesen an die Tür der FU genagelt. Es herrschte unter uns nur ein Grundkonsens jenseits klassenkämpferischer Wunschvorstellungen über die Umformung des Systems in eines, das demokratisch, transparent, emanzipatorisch und partizipativ sein sollte. Eine Liste von Forderungen wäre nie zustande gekommen, sprengten doch die Uneinigkeit über Wege und Ziele schließlich sogar den zunächst tonangebenden Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Immerhin verdiente er sich mit seiner unspektakulären Selbstauflösung 1970 das Privileg, als Vorbild für konsequentes Handeln einer politischen Organisation in eigener Sache zu gelten. Die Einsicht, erschöpft von Richtungskämpfen und ohne gemeinsame Vorstellung vom Weg zur sozialistischen Gesellschaft, nicht als bloße Fassade weiter bestehen zu wollen, zeugt von Selbstreflexion, wie sie in der politischen Kultur der Gegenwart kaum zu finden ist.

Trotz verschiedenster Motive und unterschiedlicher Utopien der Akteure und ihrer Sympathisanten, hatte die 68er-Bewegung immer etwas Verbindendes, das sich ebenso treffend wie unpassend in Marketingdeutsch als »Markenkern« bezeichnen lässt. Dieser nicht explizit for-

multierte kleinste gemeinsame Nenner vereinte linke Studenten in ihrer Gegnerschaft zum selbstgefälligen Establishment mit seinen erstarrten Institutionen. Es sind Werte der Aufklärung, welche wir einforderten und aus denen wir unsere Vorstellungen ableiteten – gemeinsam vertretene Werte, die eine Charta der Gesellschaftsveränderung, die nie beschlossen wurde, aber in den meisten Köpfen präsent war, überflüssig machte. Was wir Achtundsechziger einmal wollten, ist auch ein halbes Jahrhundert später kein Thema, das Historikern vorbehalten ist. Im Grunde sind die studentischen Forderungen von damals allen politisch Interessierten immer noch geläufig, denn sie sind immer noch aktuell.

Unsere Bilanz: Einiges angeschoben, wenig davon erreicht, aber insgesamt einen tiefgreifenden Wandel initiiert, der sich in großen Teilen auf 68er-Impulse zurückverfolgen lässt, selbst wenn von dieser Herkunft im Alltag kaum mehr etwas durchscheint. Ein Abgleich wichtiger Forderungen der damaligen Außerparlamentarischen Opposition mit dem, was aus ihnen geworden ist, zeigt, wie der Traum von einer gerechten, transparenten und demokratischen Welt wieder einmal zerplatzt ist. Besonders tragisch ist das, weil viele der 68er-Vorstellungen eben keine religiösen, esoterischen, sozialromantischen oder totalitären Ergüsse waren, sondern notwendige und überfällige Forderungen auf der Grundlage einer kritischen Gesellschaftsanalyse, motiviert sowohl vom Überdruß an einer muffig-konservativen Grundstimmung im Land als auch von der Verurteilung amerikanischer Gewalt in Vietnam. Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen gab es schon in den Jahren vor 1968. Doch antiamerikanisch war die Jugend, auch die linke Studentenschaft, keineswegs eingestellt. Im Gegenteil. Das wurde uns nur von verunsicherten Politikern unterstellt.

So unterschiedlich die Motive der Protagonisten und Sympathisanten der 68er-Revolution auch waren, die Forderung nach einer permanenten kritischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen teilten die meisten. Doch es blieb beim Postulat. Mittlerweile wurden fünf Jahrzehnte möglicher Erfahrungen mit der »permanenten Revolution«

(Rudi Dutschke) oder, bürgerlich-moderat, mit dem »herrschaftsfreien Diskurs« (Jürgen Habermas) vertan. Statt auf breiter Basis um Lösungen zu ringen, wie im Zusammenleben eine Annäherung an unsere Vision eines solidarischen »Wir« gelingen könnte, steht heute allein das »Ich« im Mittelpunkt. Im Großen wird dieser Egoismus zu Nationalismus.

Die Entwicklung unserer Gesellschaft seit 1968 ist die Geschichte ungenutzter Chancen, ideologischer Verirrungen sowie des Verblässens gemeinschaftlicher Werte und Normen. Angesichts der Folgen eskalierender Umweltschäden und des zunehmend lebensfeindlichen Klimawandels gewinnen als Vorboten einer Endzeitstimmung ökofundamentalistische Scharfmacher an Einfluss, während sich die Mehrheit im Privaten wegduckt und Rechtsextreme sich als Vorhut der schweigenden Mehrheit ausgeben und ihren Ausländerhass als nationale Ideologie propagieren. Sie übernehmen den Schlachtruf der Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989 und grölen »Wir sind das Volk«, kennen aber keine Solidarität. Jeder von ihnen meint damit: Ich bin unzufrieden mit meiner Situation und misstrauere der Politik; Flüchtlinge verbauen meine Chancen und ich fühle Angst und Hass, und ich habe Freunde, denen es genauso geht.

Das ist kein rein sächsisches Phänomen. Denn eine kritische Auseinandersetzung mit Fakten und Lösungen findet im mikrosozialen, nationalen wie im supranationalen Kontext nicht wirklich statt, die Einzelinteressen und jeweiligen ideologischen Fixierungen sind zu mächtig. Antworten auf Fragen, die Bundesbürger beschäftigen, sind politische Korrektheit und moralische Entrüstung.

Ein halbes Jahrhundert nach 1968 ist ein wiedervereintes Deutschland, an das damals kaum jemand wirklich glaubte, im Mittelmaß erstarrt. Sein öder Kern, schon wieder so unbeweglich wie in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten, diffundiert an den Rändern in neonazistischen, ökofaschistischen und krawallseligen, vorgeblich linken Fanatismus. Vergessen scheinen die mit politischem Gestaltungswillen propagierten Werte der jungen Generation in den späten Sechzigerjahren.

Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr und völkerrechtswidrige amerikanische Überfälle im Nahen Osten rührt sich kaum Protest.

Über dem Land liegt das Leichentuch des politisch Korrekten. Seit wir Achtundsechziger nicht lockerließen, in der Nazi-Verstrickung der Älteren herumzubohren, ist der moralische Aspekt beim Umgang mit gesellschaftlichen Problemfeldern zunehmend in den Vordergrund gerückt. In der Migrationsfrage ging es zumindest längere Zeit nur um Moral, zum Nachteil praktikabler, menschenwürdiger Lösungen. In der Umweltfrage ist die moralische Betrachtungsweise längst zur Ideologie verkommen, deren Dominanzanspruch die Freiheit der Menschen auch dort bedroht, wo keine Umweltbeeinträchtigungen zu befürchten sind (etwa durch einen wissenschaftlich nicht begründeten Stickstoffdioxid-Grenzwert in der Außenluft, der in gasbeheizten Wohnräumen, beim Kochen auf der Gasflamme oder dem Abbrennen einer Kerze um ein Vielfaches und zumeist dauerhaft überschritten wird). Moralisch aufgeheizt, aber oberflächlich und planlos mutet das Durchwursteln der Politik an. Mag eine Politik der kleinen Schritte, das »Muddling-Through«, wie sie schon 1959 der amerikanische Politologe Charles E. Lindblom beschrieb, der hochkomplexen Welt angemessen sein, ohne Zielvorstellungen aber ist sie nutzlos. Andererseits ist es unsinnig, ein Ziel zu setzen, ohne einen Plan zu haben. So geschehen bei der Energiewende mit Ökostromvernichtung und Verbraucherabzocke.

Das Hineindriften in die Situation hohen Moralanspruchs in Teilbereichen bei gleichzeitigem Problemlösungsstau in der Gesamtpolitik lässt sich mittels eines Abgleichs zentraler Forderungen der Achtundsechziger mit dem, was aus ihnen geworden ist, besonders anschaulich verfolgen. Es lohnt sich zu untersuchen, weshalb bei allen Veränderungen im Grunde doch nur Stagnation geblieben ist. Und es wird deutlich, dass einst als Hirngespinnste diffamierte Vorstellungen immenses praktisches Potenzial hatten und unvermindert aktuell sind. Auch wenn dieses Potenzial weitgehend ungenutzt blieb und von den alten Hoffnungen nicht viel übriggeblieben ist – in nimmermüden Versuchen,

auf allen gesellschaftlichen Ebenen einen kritischen Diskurs zu führen, könnte die abhanden gekommene Vernunft wenigstens partiell eine Chance erhalten. Ihre wohl einzige.

Zorn, Enttäuschung und Trauer über das wirkungslose Verpuffen der Eruption neuer Modelle gedeihlichen Zusammenlebens von 1968 sind müßig. Die Abrechnung mit der gegenwärtigen politischen Kultur, also mit der bräsigen Politik saturierter Parteien, anhand der Ideale des Aufbruchs der Achtundsechziger offenbart, dass die Ausgangssituationen durchaus einiges gemeinsam haben: Ursache der Studentenunruhen war – nicht nur aus Sicht der rebellierenden Jugend – das selbstgefällige Establishment. Und damals (Vietnam) wie heute (Trump) brüskieren die USA den Rest der Welt beim Versuch, ihre vermeintlichen Interessen, unbehindert von »westlichen Werten«, durchzukuppeln.

Angesichts gewaltbereiter rechter Massenproteste und rechtsradikaler Aufrüstung, vermeintlich linken Chaotentums und einer breiten parlamentarischen Etablierung der AfD – auch vor 50 Jahren fürchteten sich die Traditionsparteien vor der erstarkten, vergleichsweise aber unbedeutenden NPD – muss sich die deutsche Politik heute wieder jene Frage stellen, welche der damals aufstrebende Liberale und Soziologieprofessor Ralf Dahrendorf (legendär sein Streitgespräch mit Rudi Dutschke) in seiner Rede beim FDP-Dreikönigstreffen Anfang 1968 aufwarf: »Was haben wir falsch gemacht, sodass auf einmal die Ordnung, in der sich die politische Auseinandersetzung bei uns vollziehen sollte, selbst gefährdet erscheint?«

Derweil den Parteifunktionären jeder Couleur diese Frage kaum auch nur ansatzweise über die Lippen kommt und schon gar nicht ins Bewusstsein vordringt, versuchen wir, sie zu beantworten – aus der Sicht stets aufmerksam beobachtender Zeitzeugen. Denn es geht um das Bessermachen. Und das bedarf nimmermüder Versuche, in allen Zusammenhängen die herrschaftsfreie, nicht von Interessen und moralischen Überlegenheitsansprüchen geleitete Diskussion über gedeihliche Lösungen zu führen.

Dieser rationale Diskurs könnte schon für die dritte Generation von Bundesbürgern ein Teil des sozialen Lebens geworden sein – wenn er nicht mit den abflauenden Studentenprotesten in seiner praktischen Emanzipation erstickt wäre. So blieb er jahrzehntelang Theorie, was er seinem Wesen nach gar nicht sein darf. Denn selbstreflexive Prozesse in das gesellschaftliche Leben zu integrieren, hilft gegen Radikalisierung, Gleichgültigkeit und politische Anmaßung.

Nach dem kurzen Hype um das »50-jährige Jubiläum« der Studentenrevolte (für Achtundsechziger eine völlig unangemessene bürgerliche Reminiszenz) kann die Aufmerksamkeit nun von den damaligen Vorgängen auf die Inhalte schwenken – ohne sogleich von den Spekulationen Nachgeborener über Motive und Stimmungen in den späten Sechzigern behelligt zu werden. Für die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zuständen, dem Kernthema der Achtundsechziger, gibt es keine vorübergehende Aktualität, sie ist Daueraufgabe. Die Hoffnungen dahinter sind allesamt viel älter als 50 Jahre und sie werden auch in 50 Jahren nicht verblasen.

An Dingen, die einen nicht interessieren, übt niemand ernsthafte Kritik. Denn Kritik ist nicht Miesmacherei, sondern die begründete Entscheidung, was taugt und was nicht – um den Blick für das Bessere zu schärfen. Von scheinbar geklonten Politikkarrieristen, die nur den eigenen Vorteil im Blick und keine Vorstellung von erstrebenswerten und erreichbaren sozialen Verhältnissen haben, ist keine Änderung der von ihnen selbst herbeigeführten oder zugelassenen Zustände zu erwarten. Wir reden von »den Politikern«, »den Journalisten« oder »den Medien«. Das wird der einzelnen Person, der einzelnen Redaktion und dem einzelnen Verlag oder Sender natürlich nicht gerecht, der Gattung aber schon und ist deshalb von den Einzelnen zu ertragen. Auch ist ein Gedanke nicht zwangsläufig populistisch, wenn er sich mit Volk und Elite auseinandersetzt, was die wahren Vereinfacher natürlich anders beurteilen.

Unsere Ausführungen sind nicht abstrakt-philosophisch, auch nicht wissenschaftlich-deduktiv, eher konkret-empirisch und explizit subjek-

tiv. Unsere Essays mögen, was wir keinesfalls bedauern, polarisieren und provozieren.

Nicht bloß zur besseren Lesbarkeit verwenden wir nicht penetrant stets die männliche und die weibliche Form oder gar noch eine dritte. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Gleichheit der Menschen sind eine Selbstverständlichkeit, die nicht mit sprachlichem Schwulst betont werden muss. Das generische Maskulinum hat seine Schwächen. Werte der Aufklärung lassen sich aber nicht in solchen Oberflächlichkeiten banalisieren, mögen Gender-Puristen auch die Fundamente des Abendlands erschüttert sehen.

Übrigens ist der Buchtitel *Das haben wir nicht gewollt!* keine Entschuldigung, sondern ein Vorwurf – durchaus auch ein Selbstvorwurf der Autoren.

KAPITEL 1

DIE MUTLOSE DEMOKRATIE

Mehr Teilhabe, eine zentrale Forderung der studentischen Linken, interessiert die heutigen Bürger kaum noch. Der Politik kommt die demokratische Enthaltensamkeit gerade recht. Sie richtet sich in ihrer eigenen Welt äußerst komfortabel ein.

Lerneffekt von kurzer Dauer

Als es noch richtige Volksparteien gab, die jeder Bürger auseinanderhalten konnte, las Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 die programmatischen Sätze vor: »Wir wollen mehr Demokratie wagen.« Und: »Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.« Hatte die Außerparlamentarische Opposition in jener Zeit politischer Polarisierung der etablierten, gemäßigten Linken tatsächlich ein entscheidendes Zugeständnis abgerungen? Oder hatte der Visionär Brandt mit seinem gönnerhaften Aufruf zu etwas mehr Mündigkeit einfach nur die Zeichen der Zeit erkannt?

Jedenfalls war es schon ziemlich mutig, einem Volk mehr Demokratie anzubieten, das mehrheitlich so dachte, wie die *Bild* schlagzeilte.

Aus heutiger Sicht wirken die Meinungen hetzerisch, damals waren sie üblich. So forderten Passanten, von Fernsehteams befragt, ungeübt Arbeitslager oder gleich die Gaskammer für protestierende Studenten. *Bild* zog mit oder eilte voran: »Studenten drohen: Wir schießen zurück!«, »Unruhestifter unter Studenten ausmerzen!«, »Kein Geld für langbehaarte Affen!«, »Wer es wohlmeint mit Berlin, der jage endlich die Krawall-Radikalen zum Tempel hinaus!«

Vielleicht brachte der Hilfsarbeiter Josef Erwin Bachmann mit seinen Schüssen auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 Sympathisanten des rechten Pöbels zur Besinnung und die Scharfmacher von der *Bild* zur Mäßigung. Die wütende Reaktion der Studenten auf den mutmaßlich *Bild*-befeierten Mordanschlag vermochte die von Dutschke zutreffend unterstellte systemerhaltende Unmündigkeit der Massen allerdings nicht aufzubrechen. Zum Glück gab es die Identifikations- und Integrationsfigur Willy Brandt. Der Mehrheit schien seine Aufforderung zum Mitmachen tatsächlich nicht so abschreckend wie die Aussicht auf einen weiteren CDU-Kanzler. Brandt erreichte 1972 das historisch beste Ergebnis für die SPD, bei der höchsten Wahlbeteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik (91,1 Prozent). Die lähmenden Endlos-Kanzlerschaften von Helmut Kohl und Angela Merkel ließen später das Wählerinteresse auf 76,2 Prozent im Jahr 2017 sinken. Noch weit weniger Wähler können die Politiker bei Landtagswahlen mobilisieren. Äußerst bescheiden sieht es bei der Europawahl aus, die seit ihrer Premiere 1979 nur den Abwärtstrend kennt und 2014 eine Beteiligung von mageren 42,6 Prozent aufwies. Rekorde an Teilnahmslosigkeit erzielen besonders häufig Kommunalwahlen. Mit ihrem Wahlrecht am wenigsten anzufangen wissen die Bürger in den neuen Bundesländern, die getrost als Hochburgen der Wahlmuffel gelten können. Doch das Desinteresse grassiert auch im Bundestag, wie der zumeist spärlichst besetzte Plenarsaal vermuten lässt. Vielleicht möchten die Abgeordneten genauso wenig miteinander zu tun haben wie die Wahlberechtigten mit ihnen. Zudem lässt die Arbeit an der eigenen Karriere keine Zeit für langweilige Debatten

ohne die Chance, in TV-Nachrichten gezeigt zu werden. Bürger und ihre Vertreter gehen mit der freiheitlichen Demokratie um, als sei sie eine Selbstverständlichkeit, die keiner besonderen Pflege bedarf.

In der Berufsprestige-Skala des Instituts für Demoskopie in Allensbach rangieren Politiker heute ganz unten, knapp vor Fernsehmoderatoren und Bankern. Noch in den Siebzigerjahren lag die Achtung vor dem Beruf des Politikers im Mittelfeld und hielt sich bis zur Jahrtausendwende einigermaßen. Seitdem sind die Politprofis völlig unten durch. Ohne Milieubindung geben sie sich dem marktfundamentalistisch-manipulativen Zeitgeist hin: Firmen reduzieren die Warenmenge bei gleichbleibender Verpackungsgröße oder sie verpacken von vorneherein geringe Füllmengen in überdimensionierte Behältnisse. Die Regierung verarscht die Bürger auf ähnliche Weise: Sie versprach, die Einnahmen aus der LKW-Maut in den Straßenbau zu stecken. Vordergründig tat sie das auch, reduzierte aber parallel den Straßenbauetat um exakt die Höhe der Mauteinnahmen. Oder sie lässt Gesetze von Lobbyisten gegen das Volk schreiben. Da verachten die Leute halt zurück. Es scheint etwas Wahres dran zu sein an Kurt Tucholskys Vermutung von 1931: »Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig.« US-Psychologe Philip E. Tetlock wies 2005 nach, dass informierte Laien kaum schlechter urteilen als Experten. Letztere können allerdings hinterher besser erklären, warum sie falsch lagen.

Den Vertrauensverlust haben Politiker sich durchaus verdient. Es sind jedoch nicht die vielen unsinnigen Entscheidungen, die es nicht in die Massenmedien schaffen, auch nicht die schlagzeilenträchtigen, wechselseitigen Sticheleien, die das Ansehen der Politikerkaste generell prägen. Ihren schlechten Ruf haben sich die Volksvertreter also nicht nur mit schlechter Politik und Unaufrichtigkeit erworben, wovon die Bevölkerung ohnehin nicht viel mitbekommt, wenn die Themen nicht gerade emotional behaftet sind; in Verruf geraten sind sie vor allem wegen ihrer Privilegien und deren vorsätzlichen Missbrauchs. Und wegen des würdelosen Theaters, das sie um nebensächliche Themen voller In-

brunst und mit meist mäßigem Schauspielertalent inszenieren. Wie sie sich plötzlich alle einig sind, wenn es um die Erhöhung ihrer Bezüge und die schamlos üppige Altersversorgung geht, erzürnt das Volk seit Langem, lässt die rechtlich geschützten Vorteilsnehmer aber stets völlig kalt. Immer wieder liefern sie Aufreger wie Steuerbetrügereien mit Parteispenden und Schwarzen Kassen oder die private Vereinnahmung dienstlich angehäufter Bonusflugmeilen und die Scheinbeschäftigung von Familienangehörigen auf Staatskosten. Sie beschließen 2011 eine Wahlrechtsreform, die keine Begrenzung der Abgeordnetenzahl vorsieht und 2017 zur Aufblähung des Bundestags um 111 Sitze auf nunmehr 709 sündhaft teure Abgeordnete führt. Das sind 100 mehr als zehn Jahre zuvor. Kosten: jährlich 1 Milliarde Euro! Kritiker hatten das alles vorausgesehen, ihre Warnungen wollten die auf ihren Sitzen klebenden MdBs nicht hören. Und so leistet sich Deutschland heute das nach dem chinesischen Volkskongress zweitgrößte Parlament der Welt, vor Nordkorea – ein erschreckender Vergleich. Gäbe die Zahl der Abgeordneten Auskunft über den Zustand der Demokratie, könnte von dieser in Deutschland nicht mehr die Rede sein. Eine Kosten-Nutzen-Analyse des Bundestags ist zwar kaum zu leisten, aber dass der Nutzen sich bei einem Bruchteil der Kosten und des Personals nicht änderte, kann als sicher gelten.

Nichtwähler aus Resignation

Mit ihrer wohlbegründeten Unbeliebtheit schüren Politiker Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit. Die rettende, bestechend subversive Idee des Kabarettisten Henning Venske muss Utopie bleiben. Venske malte einmal aus, wie es wohl wäre, wenn alle Wähler ungültige Stimmzettel abgäben, um damit auszudrücken: Wir wollen ja wählen, aber doch nicht euch.

Zweifel an der Demokratie schürte mitverantwortlich ausgerechnet Willy Brandt, als er sich 1966 auf eine Große Koalition einließ, die mit